2021/24 Ausland

https://www.jungle.world/artikel/2021/24/mord-und-totschlag-statt-recht-und-ordnung

In Griechenland häufen sich Mafiamorde

Mord und Totschlag statt Recht und Ordnung

Von **Wassilis Aswestopoulos**

In Griechenland eskaliert die Gewalt von Mafiabanden. Die rechte Regierung macht zwar mit Parolen von Recht und Ordnung Wahlkampf, spielt das Problem aber herunter und geht lieber gegen Linke und Flüchtlinge vor.

Zwei Meldungen aus Griechenland aus den vergangenen Wochen, die *pars pro toto* verdeutlichen, was in Griechenland weite Kreise der Bevölkerung besorgt: Erstens, die griechische Polizei verkündete am Dienstag voriger Woche einen Erfolg. Bei einer Kontrolle von zwei nicht als Studierende eingeschriebenen Personen auf dem Gelände der Aristoteles-Universität in Thessaloniki wurden alkoholische Getränke entdeckt und beschlagnahmt, es handelte sich um eine Flasche Gin und eine Dose Tonic. Zweitens, am 9. April wurde der investigative Journalist Giorgos Karaivaz auf offener Straße erschossen. Die Täter gingen professionell vor, zehn Kugeln trafen den bekannten Reporter. Karaivaz berichtete seit langem über das organisierte Verbrechen, hatte sich zuletzt aber auch intensiv mit Korruption bei der Polizei beschäftigt. Die Täter sind bislang unbekannt.

> In Griechenland häufen sich Bandenmorde, die oft am helllichten Tag und auf offener Straße verübt werden.

Die Regierung der konservativen Nea Dimokratia inszeniert sich zwar als Kämpferin für Recht und Ordnung, konzentriert sich dabei aber vor allem auf Linke an Universitäten und in besetzten Häusern. Um die wachsende Mafiakriminalität scheint sie sich kaum zu kümmern. Der Bürgerschutzminister Michalis Chrysochoidis, ein ehemaliger Sozialdemokrat, leugnete sogar vor dem Parlament, dass es ein Problem gebe. Eventuelle Ängste der Bevölkerung dürfe man nicht mit dem tatsächlichen Ausmaß der Kriminalität verwechseln.

Dabei gibt es in Griechenland nahezu wöchentlich Schießereien. Am 31. Mai war der frühere griechische Meister im Boxen im Halbschwergewicht, Tasos Berdesis, im Athener Vorort Vari zu Fuß unterwegs. Ein Auto hielt neben ihm, ein Mann stieg aus und erschoss

Berdesis vor den Augen von Passanten. Der 39jährige hatte 2017 bei der Reality-Show »Survival Secret« den ersten Preis geholt, arbeitete aber auch als Türsteher in Nachtlokalen.

Nur einen Tag zuvor war mitten in Athen in einem Café im Stadtteil Sepolia ein 32jähriger Mann erschossen worden. Dieser war nur wenige Stunden vor seiner Ermordung vorübergehend festgenommen worden. Polizisten hatten beobachtet, dass er auf einem Elektroroller mit schusssicherer Weste fuhr. Die Beamten fanden bei ihm eine geladene Pistole. Der später Erschossene gab an, er habe Angst um sein Leben. Er war bereits vor zwei Jahren am Athener Hauptbahnhof beschossen und schwer verletzt worden, bei einem weiteren Attentat im Februar dieses Jahres war er am Bein angeschossen worden.

In Griechenland häufen sich Bandenmorde, die oft am helllichten Tag und auf offener Straße verübt werden. Regierungsnahe griechische Medien mutmaßen, dass die Covid-19-Pandemie das Geschäft der Mafia geschädigt habe und dass deswegen nun verstärkt Bandenkriege ausgetragen werden. Das führt zu Verunsicherung in der Bevölkerung. Doch der für seine Lobreden auf die Regierung bekannte Journalist Aris Portosalte wiegelte in einer Nachrichtensendung bei Skai TV ab. »Das sind Profis, die treffen mit Sicherheit ihr Ziel«, meinte er und riet den Bürgern, sich vor Attentaten der Mafia nicht zu fürchten.

Portosalte verschwieg, dass es durchaus immer wieder Unbeteiligte trifft. So zum Beispiel am 7. Mai auf der Insel Zakynthos, als der Tourismusunternehmer Dimis Korfiatis im Zentrum der gleichnamigen Inselhauptstadt mit 19 Schüssen getötet wurde. Dabei kam unter anderem eine Kalaschnikow zum Einsatz. Ein unbeteiligter Passant wurde verletzt. Auch auf Korfiatis, der selbst ein umfangreiches Vorstrafenregister hat, waren schon vorher Attentatsversuche unternommen worden. Knapp elf Monate zuvor war er mit seiner Frau in eine Falle geraten. Sie starb im Kugelhagel, er überlebte schwerverletzt. Im Dezember packte Korfiatis aus: Er nannte die Namen von acht Personen, die er als Attentäter und Anstifter identifizierte. Nichts geschah. Korfiatis bat vergeblich um Polizeischutz. Erst Anfang Juni sind wegen des ersten Mords sechs Personen unter dringendem Tatverdacht verhaftet worden, darunter ein ehemaliger Polizist und der Personenschützer eines Reeders. Nach weiteren drei wird gefahndet.

Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis war im Sommer 2019 mit einem *law and order*-Programm angetreten. Er werde Griechenland sicherer machen, versprach er, und die »Anomia« (Gesetzeslosigkeit) beenden. In den Augen seiner Parteigenossen und Anhänger hat er dieses Versprechen erfüllt. Mehrere Tausend Polizeiwagen und Polizeimotorräder sowie eine Vielzahl teilweise hochmoderner Ausrüstungsgegenstände wurden während der Pandemie angeschafft, während für die Krankenhäuser oder den öffentlichen Personenverkehr kaum zusätzliche Mittel zur Verfügung standen. Die griechische Polizei verfügt sogar über Schallkanonen, die sie an der griechisch-türkischen Grenze gegen Flüchtlinge einsetzt.

Neben der neuen Ausstattung gewährt die Regierung den Ordnungshütern weitgehende Freiheiten im Umgang mit den Bürgern. Polizisten verhängen oft willkürlich Bußgelder in Höhe eines halben durchschnittlichen Monatsgehalts, wenn sie meinen, dass ein Bürger gegen die Pandemieregeln verstoßen habe. Immer wieder kam es zu gut dokumentierten

Fällen von Polizeigewalt. Noch im März hatte es deswegen in Athen große und zum Teil gewaltvolle Proteste gegeben.

Während die mafiöse Gewalt kleingeredet wird, bekämpft die Regierung die »Gesetzeslosigkeit« vor allem an den Hochschulen, wo traditionell linke Bewegungen stark sind. Ein kürzlich verabschiedetes Hochschulgesetz soll unter anderem eine permanente Polizeipräsenz an den griechischen Universitäten etablieren. Auch das von vielen Autonomen und Linken bewohnte Athener Viertel Exarchia ist der konservativen Regierung ein Dorn im Auge. Regelmäßig werden dort Passanten, deren Erscheinungsbild auf eine linke oder anarchistische Haltung hindeutet, von Polizeistreifen aufgegriffen und durchsucht. Zudem werden im gesamten Land besetzte Häuser geräumt. Die regierungsfreundlichen Fernsehsender übertragen die Räumungen oft live.

Auch Flüchtlingen lässt die Regierung nachstellen. In einer schlichten Erklärung verkündete der Migrationsminister Notis Mitarachi am Montag vergangener Woche, dass Geflüchtete aus Syrien, Afghanistan, Pakistan, Bangladesh und Somalia kein Recht mehr hätten, einen Asylantrag zu stellen, wenn sie aus der Türkei kommen. Recht und Ordnung heißt für die konservative Regierung, dass die Geflüchteten in geschlossene Lager gesperrt werden. Bei ihrer Wählerschaft und der durch Corona-Beihilfen der Regierung freundlich gestimmten Presse scheint dies gut anzukommen.

© Jungle World Verlags GmbH